

"Schwarzen Peter zugeschoben"

KINDERBILDUNGSGESETZ. Die AG Wohlfahrt ärgert sich über einen Brief des Ministerpräsidenten an alle Erzieherinnen.

Wann kriegt der Normalbürger schon mal Post von seinem Ministerpräsidenten? Überrascht dürften sie gewesen sein, die Erzieherinnen und Erzieher im Lande, als ihnen im Juni ein solcher Brief ins Haus flatterte. Sinn und Zweck der Aktion: Jürgen Rüttgers wirbt in seinem Schreiben für das Kinderbildungsgesetz (KiBiz), das im Herbst verabschiedet werden soll. Nicht nur ungewöhnlich findet die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände Oberhausens (AGW) dieses Vorgehen, das die Träger der Kindertageseinrichtungen übergeht, sondern mehr als ärgerlich - vor allem wegen des Inhalts der Rundbriefe. Hierin werde suggeriert, dass das Gelingen des Gesetzes vom Engagement der Erzieher abhängt. Oder andersrum: Wird der schon jetzt vielfach kritisierte Gesetzentwurf in der Praxis nicht den gewünschten Erfolg bringen - "dann wird der Schwarze Peter schon im Vorfeld den Erzieherinnen an der Basis zugeschoben", ärgert sich Awo-Geschäftsführer Jochen Kamps.

Originalzitat vom Ende des Briefes: "Liebe Erzieherinnen und Erzieher, (...) Jetzt kommt es auf Sie an, ob wir die Möglichkeiten ausschöpfen können, die das Gesetz bietet. Ihr Jürgen Rüttgers". Wie geht man damit um?, war die Frage, die beim turnusmäßigen Treffen der AG Wohlfahrt im Juli im Raum stand. Die Antwort: mit gleicher Münze heimzahlen.

Ein Organigramm der Mitarbeiter der Staatskanzlei verhalf zu den Adressaten, gemeinsam verfassten die Mitglieder der AGW ein Schreiben an rund 110 Mitarbeiter von Jürgen Rüttgers - in Aufmachung und Formulierungen eng angelehnt an den Brief des Ministerpräsidenten. Angesprochen werden die befürchteten Nachteile und Belastungen, die "KiBiz" nach Ansicht der AGW bedeuten würde: "Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Staatskanzlei, (...) jetzt kommt es auf Sie an, ob Sie von Ihren Möglichkeiten Gebrauch machen, den Ministerpräsidenten und den Minister hiervon zu überzeugen. Mit freundlichen Grüßen: Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Diakonisches Werk, Jüdische Gemeinde und Paritätischer Wohlfahrtsverband." Mittwoch wurden die Briefe verschickt, jetzt warten alle gespannt auf Reaktionen.

DIE AG WOHLFAHRT In der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege sind die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen. Sie beraten und stimmen sich planmäßig in allen Aufgabenbereichen der Wohlfahrtspflege ab, insbesondere bei neu auftretenden Fragen auf dem Gebiet der Sozial- und Jugendhilfe. In Oberhausen gehören dazu die Awo, die Caritas, die Diakonie, der Paritätische Wohlfahrtsverband sowie die Jüdische Gemeinde.

23.08.2007 MARTINA NATTERMANN